

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementpreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne
Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 27.

Berlin, den 4. Juli 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908. —
Unparteilicher Arbeitsnachweis und Tarifvertrag. — Rund-
schau: „Christliche Neutralität“. Gegen die Gelben bei Krupp.
Wer die „gelben“ Führer bezahlt und wie sie bezahlt werden. Bei
einem großen Brandunglück. Der bayerische Metallindustriellen-
Verband. — Wirtschaftliche Bewegung. — Zum Streikbruch
des sozialdemokratischen Maurerverbandes in Schwetzer.
— Verbandsnachrichten: Hamburg. Neudlinghausen. —
Soziale Wahlen. — Von den Arbeitsstellen. — Briefkasten.
— Bekanntmachungen. — Versammlungskalender. —
Sterbetafel. — Anzeigen.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908.

Das verflossene Jahr stand unter dem Eindruck einer
internationalen Wirtschaftskrise, die in den industriell
höherentwickelten Ländern Amerika und England noch
schärfer wie in unserm Vaterland in die Erscheinung trat.
Eine Reihe weltpolitischer Vorgänge, wie die Präsidenten-
wahl in Nordamerika, die Marokko- und Orientkrisis,
lagen drückend auf dem Kapitalmarkt und lähmten die
Unternehmungslust, die ohnehin gering war, noch mehr.
In Deutschland wurden nicht alle Industrien gleichmäßig
betroffen, so der Kohlenbergbau und die Elektrizitäts-
industrie nur schwach, dagegen das Baugewerbe, die
Textil- und Keramikindustrie besonders stark. Die wirt-
schaftliche Depression mit allen ihren Folgeerscheinungen
konnte selbstverständlich nicht ohne Einfluss auf die Or-
ganisationen bleiben. Der lebendige gewerkschaftliche Geist
erlitt starke Einbuße. Trotzdem haben die christlichen Ge-
werkschaften das Krisenjahr 1908 glatt überstanden. Wenn
auch ein geringer Mitgliederverlust eingetreten ist, so wird
das durch die erhöhte Einnahme vollständig wieder wett
gemacht. Unschwer hat auch die Krise ihren Höhepunkt
überschritten, und befindet sich das Wirtschaftsleben in
einer langsam anziehenden Besserung. In der Textil-
industrie und im Baugewerbe ist der Beschäftigungsgrad
bereits merklich besser, und macht sich dieser Umstand
auf die Mitgliederentwicklung und gewerkschaftliche Tätig-
keit in günstigem Sinne bemerkbar.

Die Mitgliederbewegung der christlichen Gewerkschaften in
1908 weicht von der der vorausgegangenen Jahre ab. Während
früher stets und teilweise sehr bedeutende Zunahmen zu ver-
zeichnen waren, ist im Berichtsjahre ein Rückgang eingetreten.
Diesem Umstand ist indes eine Bedeutung nicht beizumessen;
er findet seine Erklärung in den ungünstigen wirtschaftlichen
Verhältnissen während der Berichtsperiode. Auch die beiden
anderen deutschen Gewerkschaftsgruppen haben 1908 mit größeren
Verlusten zu rechnen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften
wurden im Berichtsjahre von einem Mitgliederverlust von
75 183 betroffen. Und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften
ließen es — entgegen ihrer feierlichen Gepflogenheit — vor,
in ihrem Jahresbericht für 1908 gar keine Mitgliederziffern
mehr anzugeben, wie sie auch durch einen verlinksteten Kas-
senbericht die Verhältnisse ihrer Organisationen zu verschleiern
suchen. Sie werten 1908 erstmals die Einnahmen und Ausgaben
der Organisationsklassen mit den gesondert bestehenden Kranken-
und Begräbniskassen zusammen, um die Deffinitivität über
die innere Verfassung ihrer Organisationen hinwegzutäuschen.
Bei einem Vergleich ihrer Jahresberichte von 1908 und 1907
konnten wir indes feststellen, daß die Einnahmen der Hirsch-
Dunderschen Gewerkschaften in allen Kasernen sich in 1908
gegenüber dem Vorjahre um 125 016,25 M. verringerten (1907:
2 819 909,07 M., 1908: 2 694 892,73 M.). Darin liegt also der
Schlüssel für die gescheiterten selbstamen Winkeltüge: die
Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften dürften wieder glücklicher unter
100 000 Mitgliedern angelangt sein gegen 108 889 im Vorjahre,
wenn sich ihr Mitgliederbestand nunmehr wieder auf derselben
Höhe befände, wie um die Mitte des Jahres 1902.

Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften an-
geschlossenen Organisationen verringerten vom Jahresdurchschnitt
1907 zu 1908 ihren Mitgliederbestand von 274 323 auf 264 519,
also um 9804, und zwar um 7769 männliche und 2035 weibliche
Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug im
Jahresdurchschnitt 22 087. Ein Vergleich der Mitgliederzahl
von Ende 1907 mit derjenigen am gleichen Termin in 1908
ergibt allerdings eine Verminderung von 23 882 Mitgliedern.
Die verhältnismäßig große Differenz der Mitgliederzahl von
Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt ergibt sich daraus, daß
im zweiten Halbjahr 1908 einige Verbände, insbesondere der
Verband der Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, größere Mit-
gliederverluste zu verzeichnen haben, was neben der Wirtschaft-
slage darauf zurückzuführen ist, daß der vergangene Winter sehr
früh einsetzte und dadurch den Bauarbeitern früher als sonst
die Arbeitsmöglichkeit fehlte. Normal ist dieser Zustand nicht,
das auch schon daraus hervorgeht, daß in den ersten Monaten
Baugewerblicher Tätigkeit in diesem Jahre der Verband christ-
licher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter wieder einen wesent-
lichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat. Wenn der Mit-
gliederverlust bei den christlichen Gewerkschaften proportional etwas
größer ist, als bei den sozialdemokratischen (ziffernmäßig ver-
loren diese bedeutend mehr), so deshalb, weil im Baugewerbe
und in der Textilbranche die Krise am schärfsten hervortrat
und bei den christlichen Gewerkschaften auf diese beiden In-
dustrien ein größerer Prozentsatz der Gesamtmitglieder entfällt.

als bei den sozialdemokratischen Gewerkschaften. Auch diese
haben im Baugewerbe und in der Textilindustrie allein 61 038
Mitglieder verloren. Bei einzelnen Verbänden wirkte neben
der Krise eine im Berichtsjahre vorgenommene Beitragserhöhung
ungünstig auf den Mitgliederbestand ein; so bei den Textil-,
Metall- und Keramikarbeitern. Bei dem christlichen Metall-
arbeiterverband ist von Interesse, daß sein Mitgliederverlust
ausschließlich auf einige Bezirke entfällt, in denen die Hütten-
arbeiter dominieren. Von den drei Metallarbeiterorganisationen
(christlicher, sozialdemokratischer und Hirsch-Dunderscher Ver-
band) umfaßt die christliche Organisation den größten Prozen-
tatz von Hüttenarbeitern. An der inneren Festigung der christ-
lichen Gewerkschaften hat das Depressionsjahr 1908 nicht zu
rütteln vermocht, was insbesondere aus dem Kapitel „Kassen-
verhältnisse“ hervorgeht.

Die dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften
nicht angeschlossenen Verbände hatten schätzungsweise eine
Mitgliederzahl von 80 437.

In den christlichen Berufsorganisationen insgesamt
waren sonach Ende 1908 rund 341 204 Arbeiter und
Staatsangestellte zusammenschlossen (wir sagen „rund“,
weil für 1908 die Mitgliederzahl der außerhalb des Ge-
samtverbandes stehenden Verbände nicht genau feststeht),
wobon 260 767 auf die Organisationen entfallen, die den
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften bilden.

Die Gesundung und innere Festigung der christlichen Ge-
werkschaften kommt in ihrer Finanzgebarung zum Ausdruck.
Trotz Krise und etwas verminderter Mitgliederzahl haben sich
ihre Einnahmen gegenüber dem Vorjahre nicht vermindert, son-
dern weisen noch eine Steigerung auf, was aus folgendem Bild
hervorgeht. Es betragen:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben	Kassenbestand
1908	4 394 745	3 556 224	4 513 409
1907	4 311 495	3 193 978	3 487 735
1906	3 378 833	2 709 260	2 370 782
1905	2 443 122	2 150 511	1 249 408
1904	894 517	711 670	690 874

Die Einnahmen stiegen somit von 4 311 495 auf 4 394 745 M.,
die Ausgaben von 3 193 978 auf 3 556 224 M., während sich
der Kassenbestand von 3 487 735 auf 4 513 409 M. oder um
1 025 674 M. erhöhte. In den beiden letzten Jahren haben die
dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlosse-
nen Verbände ihr Vermögen rund verdoppelt. Das zeugt von
einer gesunden Finanzgebarung und davon, daß die christlichen
Gewerkschaften den in der Zukunft an sie heranretenden Stürmen
und Kämpfen nicht sorglos gegenüberstehen, sondern beizeiten
sich vorzusehen suchen. Ueber die einzelnen Einnahme- und Aus-
gabeposten gibt Tabelle III Auskunft. Danach betragen:

	Einnahmen:	
	1908	1907
Aufnahmegebühren	37 287	53 088
Beiträge	4 006 233	3 850 527
Ertbeiträge	68 344	198 215
Sonstige Einnahmen	271 319	204 895

	Ausgaben:	
	1908	1907
Verbandsorgan	405 407	361 711
Agitation	362 452	355 155
Streiks- u. Gemahregelunterstützung	424 992	743 270
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	134 453	51 734
Krankengeld	514 284	443 035
Sterbegeld	170 639	99 284
Rechtschutz	128 091	81 442
Sonstige Unterstützungen	28 926	32 974
Bekämpfer	102 917	96 545
Wartungsausgaben	155 515	143 591
Wittloshet und sonstige Bildungszwecke	37 400	25 618
Beitrag a. d. Gesamtverband	45 174	45 137
Anteil der Lokalkassen	795 441	623 114
Sonstige Ausgaben	240 104	—

Eine wesentliche Verringerung gegenüber dem Vorjahre weist
nur der Posten „Streikunterstützung“ auf; die erhöhten Ausgaben
für Verbandsorgane sind auf die Erweiterung der Gewerkschafts-
preise und darauf zurückzuführen, daß einzelne Verbände von
der vierzehntägigen zur achtstägigen Herausgabe ihrer Organe
schritten. Die übrigen, außer den Unterstützungen aufgeführten
Posten weisen keine wesentlichen Veränderungen auf. Dagegen
mühten für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, Kranken- und
Sterbegeld, sowie Rechtschutz nahezu 270 000 M. mehr wie im
vorausgegangenen Jahre aufgewandt werden. Die genannten
Unterstützungszweige werden in den folgenden Jahren weiter
erhöhte Aufwendungen erfordern, weil die einzelnen Verbände
unausgesetzt an dem Ausbau des Unterstützungswezens arbeiten
und die Zahl der nach Ueberstehung der Karenzzeit bezugsberech-
tigten Mitglieder sich naturgemäß stets vermehrt. An Unter-
stützungen wurden verausgabt:

Jahr	Insgesamt	Streik- und Gemahregel- Unterstützung	Sonstige Unter- stützungen
1908	1 401 385	424 992	976 393
1907	1 451 740	743 270	708 478
1906	1 364 105	853 435	510 670
1905	1 233 321	1 000 320	233 001
1904	211 215	133 362	77 853

Die Streikunterstützung ist in den letzten vier Jahren stets
zurückgegangen. Der hohe in 1905 aufgewendete Betrag war
allerdings auch ein anomaler; er ist zurückzuführen auf den
damaligen großen Ruhrbergarbeiterstreik. In den Jahren
1906/07 endeten ausnahmsweise viele Bewegungen mit fried-
lichen Verständigungen, während 1908 den Bestrebungen der
gewerkschaftlichen Organisationen mit Rücksicht auf die ungünsti-
gen wirtschaftlichen Verhältnisse natürliche Grenzen gesetzt

waren. Die Ausgaben für die übrigen Unterstützungen weisen
eine fortwährend steigende Tendenz auf und erreichten im
Berichtsjahre die Höhe von rund 1 Mill. M. Das ist im Hinblick
darauf, daß die christlichen Gewerkschaften erst in den letzten
Jahren das Unterstützungswezen auszubauen begonnen haben,
zweifellos eine respektable Leistung. Aus allen Zahlen aber
spricht auffällig die Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften
finanziell immer mehr erstarben und leistungsfähiger werden.

Die Zahl der Lohnbewegungen ist entsprechend der
Konjunktur erheblich zurückgegangen. Dieselben be-
trugen 683 mit 43 238 Personen gegen 1089 mit 59 718
im Jahre 1907. In 171 Fällen kam es zu Streiks resp.
Aussperrungen. Daran waren beteiligt 6804 Personen.
492 Bewegungen mit 43 238 Personen wurden somit auf
friedlichem Wege erledigt. Die Streiks und Aus-
sperrungen endigten:

	erfolgreich		teilw. erfolgreich		erfolglos	
	1908	1907	1908	1907	1908	1907
Angriffstreiks	33	71	30	76	19	42
Abwehrstreiks	28	11	31	18	22	6
Aussperrungen	3	26	8	25	17	16

Aus diesen Ziffern erhellt, daß in 1908 mit Streiks sehr
zurückgehalten wurde und die christliche Gewerkschaftsbewegung
gut daran tat. Die Zahl der erfolglos verlaufenen Abwehrstreiks
und Aussperrungen ist größer als in dem vorausgegangenen
Jahre. Immerhin konnte noch der größte Teil der Angriffs- und
Abwehrstreiks mit vollem und teilweise mit Erfolg für die Betei-
ligten durchgeführt werden. Tarifverträge wurden in 1908 neu
abgeschlossen 244, während die christlichen Gewerkschaften ins-
gesamt an 661 Tarifverträgen beteiligt sind.

Der Erfolg der Lohnbewegungen stellt sich wie folgt:

Berufe	Es wurden erzielt:			
	Für Mit- glieder	Lohn- erhöhung pro Woche	Für Mit- glieder	Arbeitszeit- verkürzung pro Woche
Textilarbeiter	2 762	1,00—4,00 M.	986	1½—6 Std.
Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter	10 141	0,30—6,60 „	700	3—6 „
Metallarbeiter	1 059	0,60—3,00 „	186	1½—6 „
Staats-, Gemeinde-, Verkehrs- u. Arbeiter	6 458*)	1,00—7,50 „	373	½—6 „
Holzarbeiter	1 723	1,08—2,40 „	972	1—6 „
Keramarbeiter	1 166	0,50—3,00 „	696	— „
Lebendarbeiter	857	1,00—4,00 „	184	3—9 „
Schneider	1 073	1,50—4,50 „	234	1½—3 „
Maler	192	0,57—3,50 „	—	— „
Graphische Gewerbe	215	1,50—3,50 „	90	3 „

*) Darunter etwa 3000 Staatsarbeiter.

Dazu kommen noch eine Anzahl Verschlechterungen, die
insbesondere die Textilarbeiter, Metallarbeiter und Keramar-
beiter mit Erfolg abwehren konnten. Die Textilarbeiter waren
während des ganzen Jahres in Abwehrstellung gedrängt und
konnten in vielen Fällen sich der ihnen zugebundenen Lohnabzüge
ganz oder wenigstens teilweise erwehren. Die Metallarbeiter
haben für etwa 900 Mitglieder Lohnabzüge von 5—40 Prozent
ganz oder wenigstens um ein beträchtliches zurückzuweisen
vermocht. Bei den Keramarbeitern scheiterte an deren geschlosse-
nem Widerstand für etwa 250 Mitglieder die ihnen zugebundenen
Sonntagsarbeit sowie schlechtere Behandlung, wie die Mitglieder
auch in mehreren Fällen Arbeiterentlassungen infolge Betriebs-
einschränkung verhindern, indem die Gesamtleistung sich mit
verminderter Arbeitszeit begnügte.

Die übrige Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften
erstreckt sich auf die Erlangung gesetzlicher Reformen
für ihre besonderen Berufsverhältnisse, neben denen die
Selbsthilfe eine starke Betonung erfährt. Die Verbände
mit Staatsarbeitern richteten ihre Wünsche an die parla-
mentarischen Körperschaften, womit besonders die bayeri-
schen Eisenbahner Erfolg hatten, dank der besonderen
Tätigkeit ihres Vorsitzenden Dauer als bayerischer Land-
tagsabgeordneter.

So stellt das Jahr 1908 sich für die christlichen Gewer-
schaften als ein ereignisreiches Jahr dar. Der geringe
Mitgliederverlust wird nunmehr bereits wieder aus-
geglichen sein, aber das darf uns nicht ruhen lassen.
Mit neuen Kräften muß es wieder an die Arbeit gehen.
Wir müssen weitere Massen für unsere Organisationen
zu gewinnen suchen, darum frisch an die Arbeit! Unsere
Erfolge auf wirtschaftlichem und anderen Gebieten im
Jahre 1908 müssen uns anspornen zu weiterer ernsthafter
Gewerkschaftsarbeit.

Mutlos bist du? — und du bebst,
Gott hab' dich verlassen? —
— Wenn du selbst die Hände hebst,
Er wird sie erfassen!
Nicht, wenn sie dir schlaff und müd
In dem Schoße liegen —
Nur das Schwert, das Funken sprüht,
Nur wer kämpft, kann siegen! —
Christian Heimbach.

Unparitätischer Arbeitsnachweis und Tarifvertrag

Sind, so schreibt man uns, zwei sich nie vereinigende, sondern sich direkt entgegengesetzte Dinge. Der erstere, besonders wenn er obligatorisch gemacht wird, bedeutet für die koalierte Gruppe Arbeitgeber oder Arbeitnehmer — je nachdem wer ihn inne hat — eine große Machtverschlebung zu Ungunsten der ihr gegenüberstehenden und von dieser Monopolisierung abhängigen Korporation. Nicht selten ist der unparitätische Arbeitsnachweis ein Instrument, um die natürlichen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verschärfen und manchmal erbitternde Kämpfe hervorzurufen. Der Tarifvertrag dagegen ist im allgemeinen die Widerspiegelung der Gleichberechtigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Er dient als Regulator zur ruhigen Fortentwicklung des Gewerbes und verhilft am ehesten den für das Gewerbe so notwendigen Frieden. In der Reich der Utopie gehört es deshalb, daß beide Formen, unparitätischer Arbeitsnachweis und Tarifvertrag, gleichzeitig nebeneinander und miteinander erfolgreich und ihren Aufgaben entsprechend wirken könnten.

Diese Wahrnehmung konnte man so recht in der jüngsten Zeit im Baugewerbe Münchens beobachten. Kurz nach dem vorjährigen Tarifabschluß für das Baugewerbe Münchens errichtete der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in München und Umgebung einen unparitätischen Arbeitsnachweis. Derselbe wurde für die Mitglieder des angeführten Arbeitgeberverbandes obligatorisch gemacht. Für jeden Maurer, Zimmerer, Erd- und Bauhilfsarbeiter, den der einzelne Arbeitgeber von dem Arbeitsnachweis bezog, mußte er 30 Pfennig Gebühr bezahlen. Angewandt mußte er für jeden Maurer, Zimmerer, Erd- und Bauhilfsarbeiter, den er sich nicht vom Arbeitsnachweis vermitteln ließ, sondern frei einstellte, 10 M. Strafe zahlen. Durch diese Zwangsmassnahmen einerseits und die im vorigen Jahre im Münchener Baugewerbe vorherrschende schlechte Geschäftslage andererseits war es ja für die treibenden Kräfte des betr. Arbeitgeberverbandes nicht allzu schwer, die für die einzelnen Arbeitgeber-Arbeitsnachweise maßgebenden Ziele — Verbesserung des schwarzen Aktiensystems, Ausschaltung aller „unliebsamen“ Arbeiter u. a. — zu verwirklichen. Die unglaublichsten Dinge ereigneten sich hierbei, die in ihren Einzelheiten nicht zu schildern, ich mir für diesmal versagen muß. Es ist auch leicht erklärlich, daß die Bauarbeiter-Minchen die nächste Gelegenheit benutzte, den Kampf gegen den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber aufzunehmen, und diese war im heurigen Frühjahr, wo eine gute Bautätigkeit Platz gegriffen, einigermaßen gekommen. Der Umstand, daß seit einiger Zeit im Münchener Baugewerbe ein Mauerermangel sichtbar wurde, und die vorhandenen Maurer ziemlich gut organisiert sind, führte dahin, daß die Maurer mit die ersten waren, die den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber von der ersten Hälfte Mai d. J. ab boykottierten. Dadurch war ein „Kriegszustand“ in „Friedenszeiten“ geschaffen, wovon insbesondere mancher Arbeitgeber, als Mitglied des Arbeitgeberverbandes, schwer bedrängt wurde. Die Führer des Arbeitgeberverbandes suchten nun nach Mitteln zur Beseitigung des Belagerungszustandes und zur Aufrechterhaltung ihres einseitigen Arbeitsnachweises. Hierbei gaben sie gegenüber der Öffentlichkeit u. a. eine gewundene Erklärung dahin ab, daß, wenn die jetzige Einrichtung der Arbeitsvermittlung geändert werde, die unmittelbare Folge hiervon eine 15-20prozentige Steigerung der Löhne sei. (1?) Da der sog. Maurerverband offiziell die Sperre über den einseitigen Arbeitsnachweis verhängte, so glaubte der Arbeitgeberverband und mit ihm der „Bund“ hieraus einen Tarifbruch konstruieren zu können. Dies sollte in einer am 7. Juni stattgefundenen Sitzung der Schlichtungskommission bestätigt werden. Als aber das Gegenteil eintraf, legte der Arbeitgeberverband beim Gewerbeamt München als Einigungsamt Berufung ein, über deren Resultat bereits berichtet wurde. Die zur Verhandlung stehenden Fragen waren nach einstimmiger Ansicht der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter für die etwa in Zukunft abzuschließenden Tarifverträge von so weittragender Bedeutung, daß es angezeigt erschien, die Zentralvorstände der vertragschließenden Parteien mitinzuziehen. Als Vertreter des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe war Baumeister Fris-Eisen, von unserer Organisation war Kollege Wieberg-Berlin, von dem sog. Maurer- und Bauhilfsarbeiterverbänden die Kollegen Bäumberg und Töpfer, beide aus Hamburg, erschienen. Von dem sozialdemokratischen Zimmererverband war unseres Mißens außer den Sozialdemokraten von München niemand anwesend. Einigkeit der Verhandlungen betonen die Vertreter des Arbeitgeberverbandes, der Arbeitsnachweis liege außerhalb der Tagesordnung, aber denselben sei mit ihnen nicht zu diskutieren. Das war ein Ausruf, wo doch nicht anderes als dieser des Streitobjekt bilde. Die Errichtung des einseitigen obligatorischen Arbeitsnachweises stellen dieselben als einen Akt der Berechtigung und als Gegenmaßnahme zu den Vorgängen seitens der sog. Bauarbeiterverbände im Jahre 1907 dar. Zu letztem ist unsererseits zu bemerken, daß, wie Dinge, wie sie von letzteren unter Organisation im Jahre 1907 im Münchener Baugewerbe, sowohl gegen unsere Kollegen als auch gegen einzelne Arbeitgeber vollzogen wurden, verurteilt müssen. Wenn wir dieses tun, so können wir aber trotzdem den Arbeitgebern keine sog. Konzessionen, den „Kriegszustand“ in andere Formen zu ändern und mit noch schärferen Gegenmitteln zu beantworten.

Das Schiedsgericht fällt den bekannten Schiedsspruch und ist hier von beiden Parteien angenommen worden. Damit ist ein vorläufiger Friede geschlossen, dessen Dauer von den nachfolgenden Verhandlungen abhängt. Das einseitige Festhalten des Tarifvertrages, wie die unparitätische in München erledigten, unter welcher Aufsicht stehen, so lange die Arbeitgeber auf den Standpunkt unparitätischer Arbeitsnachweis stehen bleiben, es muß auch gar nicht sein, damit deren Berechtigung begründet werden soll, wenn es sich um die Arbeitgeber ist, der Arbeitsnachweis nicht mehr ist, wenn es sich um die Arbeitnehmer ist, der Arbeitsnachweis nicht mehr ist, wenn es sich um die Arbeitgeber ist, der Arbeitsnachweis nicht mehr ist, wenn es sich um die Arbeitnehmer ist, der Arbeitsnachweis nicht mehr ist.

beitgeber nicht, sondern diese wächst aus den allgemeinen Bedürfnissen hervor, wenigstens trifft das in vollem Maße für das Baugewerbe zu.

Aus den Bedürfnissen bildet sich der Arbeitsmarkt, und auf diesem sollen Rechte und Pflichten zu gleichen Teilen liegen, damit kein Teil durch die Anwendung unbegründeter Machtzuwendung den anderen Teil in nicht gutzuheißender Weise über-vorteilen kann.

Rundschau.

„Christliche Neutralität.“ Infolge der Verklüppelung zwischen sozialdemokratischer Partei und „freien“ Gewerkschaften ist diesen der Sinn für politische Neutralität so abhanden gekommen, daß sie sich eine solche überhaupt nicht mehr vorzustellen vermögen. In dieser Verfassung schloßen sie dann immer von sich auf andere. Handelt es sich aber gar um die christlichen Gewerkschaften, ja dann ist erst recht der Rückzug los. Da fällt der Kater immer auf die Füße. Diese mögen tun was sie wollen, es kommt immer wieder bei der sozialdemokratischen Presse darauf hinaus: „Zentrumsge-werkschaften.“ Selbst wenn das jeder gesunde Vogel ins Gesicht schlägt. Die Sozialdemokratie kann nun einmal nicht anders, es ging ihr ja sonst der letzte Agitationsbrocken gegen die christlichen löten. Und dem Gegner gegenüber ist die Sozialdemokratie nach Kantons nicht zur Wahrhaftigkeit verpflichtet. Quart-Frankfurt hebele das in die Worte, wir (Sozialdemokraten) mögen wo wir mögen können. Freilich war das Mögeln früher, als es noch keine christliche Gewerkschaftsbewegung gab, leichter wie heute, und damit kommen wir zu unserer Angelegenheit.

In der Nr. 25 d. Hg. wiesen wir in einem Leitartikel „Unklarheit oder Abneigung“ zur Erhärtung der Neutralität der christlichen Gewerkschaften auf deren Verhalten bei der augenblicklichen Finanzreform hin. Die christlichen Gewerkschaften haben sich, da die einzelnen Steuerprojekte zwischen den bürgerlichen Parteien, und auf diese exemplifizierten wir abschließlich, da die sozialdemokratische Partei für uns nicht in Betracht kommt, zu stark abweichenden Meinungen führt. Jeder Stellungnahme enthalten. Eine Gewerkschaft, deren Mitglieder sich aus den verschiedensten Parteien rekrutiert, kann nicht anders handeln, sondern ist das der einzig korrekte Standpunkt. Anders urteilt darüber die sozialdemokratische Presse, Wochener „Wohlfahrt“, „Münchener Zeitung“, „Bergarbeiter-Zeitung“ usw. Sie erblickt in diesem Verhalten erst recht eine Neutralitätsverletzung. Ein gesundes Gehirn wird sich fragen, wie ist das möglich? Ganz einfach! Die „rote“ Vogl argumentiert so: Dadurch daß die „braven Christen“ zu den einzelnen Steuerfragen keine Stellung nehmen, leisten sie der „Auswucherung“ der Arbeiter Vorjubel und das ist die Folge der „Zentrumspolitik der christlichen Gewerkschaften“, folglich usw. usw. Recht nett, nicht wahr? Ein anderer, der nicht seine Leser als vollendete Dummköpfe einschätzt, würde sagen, politische Streitfragen läßt man aus einer Gewerkschaftsorganisation, die sich aus beschriebenen Parteianghörigen zusammensetzt, heraus, um die Einheit aus dem gewerkschaftlichen Gebiete nicht zu gefährden. Gewiß, aber der sozialdemokratischen Presse handelt es sich doch nicht darum, der Wahrheit die Ehre zu geben, sie gefällt sich vielmehr in der öfters zitierten Rolle: Katholik und Protestant schlagen sich die Köpfe kaput und der Jubel, der macht die Mühe dazu; selbstverständlich auch sein Geschäft. Aber das wollen wir etwas veräuern. Ist denn das, wenn wir schon einmal reden sollen, nicht auch der „Auswucherung“ der Arbeiter Vorjubel geleistet, wenn die sozialdemokratischen Vertreter im Reichstag gegen die Kotierungssteuer, also gegen die Besteuerung des Handels mit Wertpapieren und gegen die Wertzuwachssteuer stimmen? Die 500 Millionen Steuer müssen doch herausgeschlagen werden. Das ist doch mindestens ebenso bedauerlich wie die Ablehnung der Erbschaftsteuer, gegen die in der dritten Lesung, wenn es dazu gekommen wäre, die sozialdemokratische Partei ebenfalls gestimmt hätte. Aus „politischen“ Argumenten natürlich — und diese haben nur für die Sozialdemokratie Geltung.

Kun hat die „Bergarbeiter-Zeitung“ auch „entdeckt“, daß gerade wir in der „Baugewerkschaft“ zu der Reichsfinanzreform Stellung genommen hätten und zwar in dem Artikel, der die Zirkus-Buch-Berammlung des Bundes der Landwirte behandelte. Aber edele „Bergarbeiter-Zeitung“, zu welcher Steuer haben wir in dem Artikel Stellung genommen? Wer nicht von Lug und Trug gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung quasi lebt, wie die „Bergarbeiter-Zeitung“, der wird aus jenem Artikel nur die Tendenz gegen eine einseitig übertriebene Zurechenpolitik einer Bereinigung erschließen, die sich unter starken Ausfällen gegen die Arbeiter vollzog. Und anders sollte er nicht sein, wir haben das gleiche auch schon oft gegen die sozialdemokratische Alles-oder-Nichts-Politik getan. Und dann schwingt das rote Bergarbeiterorgan wieder den sozialdemokratischen Wöber von der Sozialpolitik und dem „Wucher“. Sich mit dem volkswirtschaftlichen Krötel in der „Bergarbeiter-Zeitung“ über diese Fragen auseinander setzen, hat eigentlich keinen Zweck, denn er müßte doch wissen, daß gerade in den diesjährigen Berichten der Handelskammern usw. hervorgehoben wird, daß die Kaufkraft der Landwirtschaft die Krise stark abgeschwächt hat. Worum ist das zuzuschreiben? Doch lediglich auf die Schutzpolitik! Auch unsere Kollegen haben durch die gehobene Bautätigkeit auf dem Lande und mit teilweise stark erhöhten Löhnen den Vorteil davon gezogen. Rechnet der Landwirtschaft jeden Schatz — man braucht nämlich mit einzelnen Sägen nicht einverstanden zu sein — und die Ertragsfähigkeit ist dahin, weil sie eben mit dem Ausland nicht konkurrieren kann. Und was gibt es dann mit den handverwählten Bauern und deren Arbeitern? Selbstverständlich gehen diese zur Industrie über und vermehren dort das Arbeiterheer; nicht zu dessen Vorteil. Das weiß ja auch die Sozialdemokratie, aber das paßt nicht in den „Entwicklungsplan zum Ende“. Haben bei der letzten Zolltarifrevision nicht auch sozialdemokratische Arbeiter sich gegen Herabsetzung bzw. für Erhöhung einzelner Zollpositionen verhandelt? Und wie wäre es mit der Befreiung der Maschinen- und Eisenzölle? Das käme in der jetzigen Krise gerade den Metallarbeitern zustatten; aber mancher rote Redakteur könnte sich dann ein Uebel in den Hosensack sehen lassen. Eine Antwort auf diese Frage wäre uns sehr lieb.

Zum Schluß eine kleine sozialdemokratische Selbstbeleuchtung. In der gleichen Nummer der „Bergarbeiter-Zeitung“ wo sie uns anpöbelt, sieht sie sich gezwungen, gegen die „Leuziger Volkszeitung“, eines der Hauptorgane der Sozialdemokratie, Stellung zu nehmen. Dieses Blatt schreibt nämlich zu dem auf von uns erwähnten Ministerbesuch des „freien“ Metallarbeiterverbandes, die Arbeiter würden den „Jahren“ „ein Sommerbed.“ Die Arbeiter und nicht weiter! zuziehen, was auch der Inhalt ist und der Gehalt einiger dieser gewerkschaftlichen Empfindungen und ihre Verachtung des großen Volkes da draußen noch so große Dimensionen angenommen haben. Dieser hat für diesen Sommerbed. kein Wort in der Arbeiterbewegung. Er geht als die unerbittliche Eigentümerin der Kolonialaffäre und Realisationsrat. Möge die deutsche Arbeiterbewegung immer, daß die soziale Partei, die Arbeiterbewegung nicht in der Reichsfinanzreform „schief“ ist. Das ist der Bergarbeiter-Zeitung, biller noch, und sie hat so neben „Scale“ deren Kopf, das ist von einem sozialdemokratischen Ministerialrat, der von dem Wägen der Arbeiter der Arbeiter der Arbeiter in der Reichsfinanzreform „schief“ ist. Das ist der Bergarbeiter-Zeitung, biller noch, und sie hat so neben „Scale“ deren Kopf, das ist von einem sozialdemokratischen Ministerialrat, der von dem Wägen der Arbeiter der Arbeiter der Arbeiter in der Reichsfinanzreform „schief“ ist.

haben die Junter im Zirkus Busch die Arbeiter bzw. deren Führer auch nicht beschimpft. Was aber nicht besagen soll, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ nun einen Grund zum Klagen hätte; gerade dieses Organ hat die christlichen Arbeiterführer in nicht zu beschreibender Weise besudelt. Und sein früherer Vorstehender war es, der an den faktum bekantenen Que schrieb: Die Mitglieder müßt ihr freizählen und die Führer vor den Baudt treten. Die „Leuziger Volkszeitung“ handelt lediglich nach diesem Rezept, sie hat es der „Bergarbeiter-Zeitung“ eben abgeguckt.

Gegen die Gelben bei Krupp. Am 21. Juni tagte in Essen a. d. R. eine von 3000 Arbeitern besuchte Versammlung, die sich mit der vor kurzem erfolgten Gründung eines nationalen Gewerksvereins bei der Firma Krupp, einer sogenannten gelben Organisation beschäftigte. Redakteur Foss (M. Glabach) hatte das Referat übernommen. Die Versammlung gestaltete sich teilweise recht lebhaft, da der Gründer des Kruppischen Werksvereins, Bohrer Feß, erschienen war und seinen Standpunkt darlegte, der jedoch von der Versammlung energisch abgelehnt wurde. Es wurde eine Entschließung angenommen, die in der Hauptsache folgendes besagt: Die Versammlung spricht einmütig ihre Ueberzeugung dahin aus, daß die sogenannten gelben Werksvereine niemals irgendwie die Interessen der Arbeiter vertreten können, daß es aber auch andererseits niemals im Interesse der deutschen Industrie liegen kann, derartige Gebilde zu unterstützen. Die Versammlung behauptet lebhaft, daß die Direktion der Firma Krupp u. S. durch ihr Eintreten für die Gelben ihr Verhältnis zu der größten Anzahl ihrer Arbeiter verschlimmert und dadurch die Kluft zwischen Arbeiter und Arbeitgeber noch vergrößert hat.

Über die „gelben“ Führer bezahlt und wie sie bezahlt werden, das beweist ein Schriftstück, welches der Breslauer „Wohlfahrt“ zugeht. Zur besseren Würdigung schicken wir eines voraus. Als vor einiger Zeit die soziald. „Bergarbeiter-Zeitung“ dem Führer des „reichstreuen“ Bergarbeiterverbandes, einer gelben Organisation, Gustav Ermer, nachsagte, er erhalte 5000 M. Gehalt, sandte er dem Blatt folgende Berichtigung ein:

„Es ist un-wahr, daß ich als Sekretär des Reichstreuen Bergarbeiterverbandes 5000 M. Gehalt beziehe, sondern laut Anstellungsvertrag beträgt mein Gehalt 3000 M.“

Das Breslauer Organ veröffentlicht nun folgendes Dokument, das sich mit der Anstellung Ermer's beschäftigt und vom Generaldirektor der Kaiserlich Preussischen Gruben herrührt:

1. Mit einem Herrn vom Reichstreuen Verbande und Ermer ist gestern Verabredung der Gehaltsanfrage vereinbart worden. Ermer will auch für 5000 M. die Stelle übernehmen, beansprucht dann aber längere Anstellung (auf 3 oder 5 Jahre), Entschädigung der Umzugskosten für die Rückreise, falls eine frühere Lösung des Verhältnisses eintreten sollte.

Da auch 5000 M. nach außen hin noch recht hoch erscheinen, so ist mit Ermer vereinbart worden, daß er beim Verbands nur 3000 M. fordert, für die weiteren 2000 M. aber anderweit — etwa seitens des bergbaulichen Vereins — Sicherung bekommt. Im übrigen machte Ermer einen vorzüglichen Eindruck und erscheint für die Stelle unbedenklich geeignet.

2. Die Mitteilungen des Reichstreuen Verbandes über ihn werden dem bergbaulichen Verein, dem Verband (mündlich), dem Arbeiterwohlverein mitzuteilen sein.

3. Es beginnt in Berlin demnächst ein neuer Rekrutierungskurs, zu dem auf Wunsch Seiner Durchlaucht des Prinzen Leute von uns geschickt werden sollen.

4. Zum Vortrag bei Seiner Durchlaucht.

Reindorf.

Dem war ein Protokoll der Vorstandssitzung des Vereins der niederschlesischen Grubenbesitzer vom 9. Mai 1907 beigefügt, das nachstehende bemerkenswerte Mitteilung enthält:

In Punkt 4 der Tagesordnung kam das Gesuch des Reichstreuen Verbandes Ermer um Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten zweier Reisen in Angelegenheiten der Gründung eines Verbandes reichstreuer Arbeiter für Deutschland zur Berleitung.

Für wiederkommende gleiche Fälle wurde es als zweckmäßig anerkannt, die Reisekostenvergütung für Herrn Ermer ein für allemal fest zu bestimmen. Demgemäß wurden an Tagegebern 10 M. und an Reisekosten das Jahrgeld der dritten Eisenbahnwagenklasse bewilligt. Auf den vorliegenden Fall angewandt, sind diese Kosten für eine Reise nach Frankfurt a. M. für vier Tage und für eine Reise nach Berlin für drei Tage zu berechnen. Die von Herrn Ermer gleichzeitig erbetenen Mittel zur Mitreise nach Berlin für vier bis fünf Delegierte der reichstreuen Bergarbeitervereine im niederschlesischen Reviere wurden in derselben Höhe und demselben Betrage für jeden Teilnehmer (bis höchstens fünf) bewilligt.

Arbeits für die bergbaulichen Interessen Niederschlesiens.

Anwesend: Dr. Grunenberg, Schule, Moeller, Heintze, Tiller, Köhner, Balzer, Arens, Hammer.

Diese Dokumente sprechen für sich selbst. Nur fragt man sich, wie können ehemalige Arbeiter soweit herunterkommen, daß sie für schnödes Geld die Interessen ihrer Standesangehörigen verkaufen.

Bei einem großen Brandunglück in Balthvill in der Schweiz am 22. Juni sind zahlreiche Personen, man spricht von über 12, verbrannt. Es handelt sich um ein von 65 Italienern bewohntes Haus, die bei der Bodensee-Loggenburgbahn beschäftigt sind. Die Verunglückten wurden im Schlafe vom Feuer überrascht. Uns wundert das keineswegs, nur wundert's uns, daß sich nicht schon mehr solcher Fälle ereignet haben. Denn wer die Wohnungsverhältnisse der Italiener kennt, wie sie vielfach in Holzbaracken wie die geringe zusammengepfercht sind, der begreift die Möglichkeit eines solchen Massenunglücks. Aber sondersbarerweise kümmert sich die Behörde nicht um diese Dinge, sie fordert sie öfter sogar noch. Nicht zum Vorteil der deutschen Arbeiter, da durch diese „Gehilfsarbeit“ der Italiener die deutschen Unternehmer darauf bedacht sind, in erster Linie Ausländer einzustellen. Hier wäre eine gründliche Remedur erforderlich, zunächst im Interesse der Ausländer selbst, wie das auch von Vorteil für die einheimischen Arbeiter wäre.

Der bayerische Metallindustriellen-Verband hat ein Rundschreiben erlassen, wonach der Verband für seine Ortsgruppen Augsburg, München und Nürnberg die Errichtung eines besonderen Arbeitsnachweises beschlossen hat, der noch vor dem Verfall ins Leben treten soll. Zur Durchführung wird die Aufstellung einer Liste sämtlicher männlicher Arbeiter, die in den zum Verband gehörigen Betrieben beschäftigt sind, für notwendig erklärt, und die Mitglieder werden aufgefordert, deren Personalkarten baldmöglichst einzureichen. Das wird so immer netter. Die bayerischen Metallindustriellen sollten auch zugleich die Kaufmanns- und Handwerkervereine von den einzelnen Arbeitern einfordern, ebenfalls auch Messungen vornehmen lassen, wie das bei Verbrechern üblich ist, es könnte anders doch noch ein Arbeiter den Maßregelungsbureau entgehen. Auch dieses Vorgehen beweist, daß gesetzgebende Reformen auf dem Gebiet des Arbeitsnachweises immer mehr drängen.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperert sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Lügde (Sperre über das Geschäft des Unternehmers W. H. e.; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innezuhalten), Sieringen-Wendel (Wahnhof), Sperre über den Unternehmer J. o. f. Kr. a. u. s. aus Hannover (Wohr), Patterheim a. W. (Sperre über die Firma M. i. t. t. e. r u. S. o. h. n. wegen Nichtzahlung des tarifmäßigen Lohnes), Pforzheim (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Neustadt i. W. (Sperre über die Firmen Petermann, Bloch, Hinz, Heng und Geiger), Seim (Sperre über die Firma Kohl und Wortmann), Ahlen i. Westf. (Streit), Saarstädte und St. Ingbert (Aussperrung), Biersen. Rhld. (Streit), Würzburg, Nachen (Streit der Schlichter und Meister), Schwelmer (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Glad, Sarked, Bratel, Wiedenbrück, Stahl, Weiberr, Fünshelde, Selligenhaus (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Herborn (gesperrt ist die Firma M. i. n. n. aus Sieben an den Neubauten der Landes-Hell- und Pflegeanstalt), Pannburg (Aussperrung der Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und Gipser), Wilsede-W. f. u. (Sperre über die Firma K. e. g. e. l. - m. a. n. n.), Holzminde (Aussperrung), Landeshut (Schl.) (Streit der Maurer und Bauhilfsarbeiter), Lingen (Maurer und Bauhilfsarbeiter). Bezug ist fernzuhalten.

Sitzung des Einigungsamtes der Berg. baugewerbl. Betriebe vom 21. Mai 1909, von 10 1/2 Uhr, im Zimmer Nr. 39 des Rathhauses zu Barmen.

Anwesend: a) als Vorsitzender: städt. Beigeordneter Dr. Hartmann; b) als Mitglieder aus dem Arbeitgeberkreise: P. W. Schulte, W. Decker; c) als Mitglieder aus dem Arbeitnehmerkreise: W. Wagenbach, Johann Otten, Jos. Preuß, W. Jung; d) als Vertreter des Schlichtungsamtes der Bergischen baugewerblichen Betriebe: S. Frensch, S. Ullhöfer; e) als Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen: Ernst Wuth, W. Walfer, W. Janzen; f) als Protokollführer: städt. Obersekretär Benz.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung gegen 10 1/2 Uhr. Das Protokoll über die Sitzung des Einigungsamtes vom 7. Dezember 1908 wurde vorgelesen und genehmigt. Herr Janzen wünscht, daß den beteiligten Organisationen die Beschlüsse des Einigungsamtes nach jeder Sitzung aus dem Protokolle besonders mitgeteilt werden möchten. Der Vorsitzende verspricht Erfüllung dieses Wunsches unter Zustimmung des Einigungsamtes. Zugleich teilte er mit, daß die Einigungsämter in Köln, Essen und Barmen ihre Sitzungsprotokolle ferner untereinander austauschen würden. Abschluß wurde in die aus 9 Punkten bestehende Tagesordnung eingetragen.

Punkt 1 der Tagesordnung: „Beschwerde gegen die Firmen Marsch und Böyles aus Wilsede wegen Nichtinhaltung der Bestimmungen für das hiesige Vertragsgebiet.“

Zu 1: Die beiden genannten Firmen führen in dem zu dem Gebiete des Schlichtungsamtes der Berg. baugewerblichen Betriebe gehörigen Orte Langerfeld Arbeiten von längerer Dauer aus, ohne sich nach dem für das Wohngebiet Langerfeld geltenden tarifvertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu richten. Die Schlichtungskommission Barmen hat sich in ihrer Sitzung am 24. April 1909 mit der durch den Zentralverband der Maurer Deutschlands und dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands erhobenen Beschwerde befaßt und dahin Entscheidung getroffen, daß die Arbeiten der beiden Firmen in Langerfeld als dauernde zu betrachten und daß die Firmen daher gehalten seien, die für das Wohngebiet Langerfeld geltenden tarifvertraglichen Bestimmungen bei den dortigen Arbeiten innezuhalten. Die Firma Marsch hat sich schon während der Sitzung der Schlichtungskommission dem Vorsitzenden gegenüber telefonisch bereit erklärt, für ihre Arbeiten in Langerfeld sich den dort gültigen tarifvertraglichen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterwerfen. Dagegen unterläßt nach der Beschwerde die Firma Böyles, dem Schlichtungsamt der Schlichtungskommission nachzukommen, obgleich Berufung an das E. A. von der Firma schriftlich nicht erhoben worden ist, der Spruch der Schlichtungskommission nicht rechtskräftig erlangt hat. E. A. beschließt, fernerseitig der Geschäftsleitung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten zu Essen von der Entscheidung der Schlichtungskommission Barmen Kenntnis zu geben unter dem gleichzeitigen Ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Firma Böyles in Wilsede der Entscheidung nachkomme und den betreffenden Arbeitnehmern die zu wenig gezahlten Beträge nachträglich auszahle, damit Einzelklagen möglichst vermieden würden. Dabei legt das E. A. auf Vorschlag des Vorsitzenden folgenden Grundsatze fest:

„Bei auswärtigen Arbeiten, die einen lediglich vorübergehenden Charakter tragen, sind die am Orte der Bauausführung die Firma festgelegten Lohnsätze und Kündigungsfristen maßgebend. Bei dauernden auswärtigen Arbeiten, insbesondere da, wo die Arbeitskräfte an der Arbeitsstelle angenommen werden, treten die Wohnbedingungen und Kündigungsfristen des Ortes in Kraft, in welchem die Arbeitstätigkeit gelegen ist. Die Zuständigkeit der Schlichtungskommission und des Einigungsamtes bestimmt sich bei ersteren Arbeiten nach dem Betriebsort, bei letzteren nach dem Orte der Arbeitstätigkeit.“

Punkt 2 der Tagesordnung: „Beschwerde des J. B. D. M. D. gegen die Firma Rothhaus aus Wittinghausen und Westhof aus Renscheid, weil sie in Neusdorf Arbeiten ausführen, ohne die dort gültigen tariflichen Arbeitszeiten einzuhalten und den tariflichen Lohn zu zahlen.“ — E. A. entscheidet, gestützt auf den bei Punkt 1 der Tagesordnung aufgestellten Grundsatz: „Die beiden Firmen haben bei ihren dauernden Arbeiten in Neusdorf die für diesen Ort gültigen tarifvertraglichen Bestimmungen hinsichtlich Arbeitslohn und Arbeitszeit innezuhalten.“

Punkt 3 der Tagesordnung: „Beschwerde des J. B. D. M. D. gegen den Vorsitzenden der Schlichtungskommission Oberfeld, Herrn Johann Breisig, wegen Nichtüberlegung einer beantragten Sitzung der Schlichtungskommission.“ — Herr Walfer erklärte, daß die Sitzung der Schlichtungskommission inzwischen stattgefunden habe. E. A. erachtet die Beschwerde damit für erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: „Sonstige Beschwerden des J. B. D. M. D. Nachdem das E. A. anerkannt hatte, daß den beteiligten Organisationen jedesmal Vorchrift des Sitzungsprotokolls durch die Schlichtungskommission mitgeteilt sei, wurde dieser Punkt der Tagesordnung als erledigt erachtet, und zwar im Einverständnis mit dem Vertreter des J. B. D. M. D. Herrn Walfer.“

Punkt 5 der Tagesordnung: „Beschlußfassung über die Art der Abfassung des Jahresberichtes des E. A. für das Jahr 1908.“ — E. A. beschließt nach Besprechung, in dem Bericht die Namen der Streikparteien immer nur durch die Anfangsbuchstaben anzudeuten und die Herren Schulte und Otter damit zu beauftragen, den Entwurf des Berichtes zu prüfen und redaktionell endgültig festzustellen.

Punkt 6 der Tagesordnung: „Genehmigung eines Tarifvertrags-Abchlusses für den Ort Kade a. Wald mit der christlichen Gewerkschaft vom 29. April 1909.“ — Zwischen dem Schlichtungsamt der Bergischen baugewerblichen Betriebe einerseits und dem Zentralverbande christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter andererseits ist unter dem 19. April 1909 zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für den Bereich der Stadtgemeinde Kade a. Wald ein Tarifvertrag mit Gültigkeit für die Zeit vom 30. März 1909 bis 31. März 1910 abgeschlossen worden. Das E. A. nimmt von dem Vertrage Kenntnis und erklärt sich damit einverstanden.

Punkt 7 der Tagesordnung: „Genehmigung eines Tarifvertrags-Abchlusses mit dem Zentralverbande der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Renscheid, für den Stadtkreis Renscheid vom 13. Mai 1909.“ — Zwischen dem Schlichtungsamt der Bergischen baugewerblichen Betriebe (Vst. Renscheid) einerseits und dem Zentralverbande der Zimmerer Deutschlands Zahlstelle Renscheid) andererseits ist unter dem 13. Mai 1909 zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für den Bereich des Stadtkreises Renscheid ein Tarifvertrag mit Gültigkeit bis zum 31. März 1910 abgeschlossen worden.

Punkt 8 der Tagesordnung: „Genehmigung eines Tarifvertrags-Abchlusses für die Beton- und Asphaltgeschäfte mit dem Zentralverbanden der Maurer und Bauhilfsarbeiter.“ — Zwischen dem Schlichtungsamt der Bergischen baugewerblichen Betriebe, e. A. Barmen, einerseits und a) dem Zentralverband d. M. D., b) dem Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands, c) dem Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands andererseits ist unter dem zu a): 24. Februar 1909, zu b): 25. März 1909, zu c): 25. März 1909, zwecks Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse derjenigen Asphalt-, Beton- und Bauhilfsarbeiter, die in Spezialgeschäften beschäftigt werden, ein gleichlautender Tarifvertrag mit Gültigkeit bis zum 31. März 1910 abgeschlossen worden. Das E. A. nimmt von dem Vertrage Kenntnis und erklärt sich damit einverstanden.

Punkt 9 der Tagesordnung: „Antrag des Schlichtungsamtes der Bergischen baugewerblichen Betriebe auf Veränderung der Geschäftsordnung für die Schlichtungskommission, betr. Einberufungszeit und Wahl des Obmannes der Arbeitnehmer.“ — Nach Besprechung des Gegenstandes bekräftigt das E. A. die Herren Walfer, Frensch und Ullhöfer mit dem Auftrage, in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden des E. A. die Angelegenheit der Geschäftsordnung für die Schlichtungskommission zu prüfen und alsdann bestimmten Vorschlag dem E. A. abzugeben.

Schluß der Sitzung um 12 Uhr 35 Min. mittags. Su der Sitzung des E. A. am 11. Juni 1909 vorgelesen und genehmigt.

Protokoll des Einigungsamtes für das Plattengewerbe in Rheinland und Westfalen.

Düsseldorf, 19. Juni.
Anwesend unter dem Vorsitz des Beigeordneten Rath (Essen): a) von den Arbeitgebern: Alb. Marchand sen. (Essen), S. Hempelmann (Dortmund), G. Pieper (Belsenkirchen), Franz Haas (Duisburg), für Emil Lohmann (Düsseldorf), Buchhalter Schulz, für Firma Vogt & Co. (Düsseldorf), Profurist Meyer, Schmidt, Vertreter des Arbeitgeberverbandes in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten; b) von den Arbeitnehmern: P. Ullig (Köln), Gereonswall 66), W. Bohn (Köln), Fuhngasse 53), W. Gintler (Essen, Diergarbstr. 2), F. Kahl (Dortmund), W. Koch (Bachum), E. Windhoff (Düsseldorf-Grabenberg), W. Luthe (Düsseldorf, Neubrückstr. 12), L. Reßmann (Düsseldorf, Pempelfortstr. 12); c) Oberstadtssekretär Reblitz als Protokollführer.

In der heutigen Sitzung des Einigungsamtes für das Plattengewerbe in Rheinland und Westfalen wurde folgendes verhandelt bzw. beschlossen:

1. Nachdem der Vorsitzende mitgeteilt hatte, mehrere der beteiligten Firmen hätten es durch schriftliche Mitteilung abgelehnt, sich in Verhandlungen vor dem Einigungsamt einzulassen, da nicht dieses, sondern zunächst die zuständige Schlichtungskommission anzurufen sei, wurde beschlossen: Die gegen die Firmen Diederich & Reese, Franz Wolf und Osterather Wandplattenfabrik erhobenen Klagen sowie die neuen Klagen gegen die Firma Vogt & Co. werden wegen Nichtbeachtung des § 9 des Tarifvertrages abgewiesen. Der Vorsitzende der Schlichtungskommission Düsseldorf, Herr Baurat Reiffhoben, soll seitens des Einigungsamtes gebeten werden, möglichst bald einen Termin zur Verhandlung der zurückgewiesenen Klagen anzuberaumen. Herr Windhoff will Herrn Reiffhoben das erforderliche Material rechtzeitig zugehen lassen. In Sachen contra Osterather Wandplattenfabrik konnte der als Zeuge vorgeschlagene und vernommene Herr W. Luthe nicht bekräftigen, die Firma teile für Hauptplatten nicht die vorgeschriebene Bezahlung. Er erklärte, ihm sei bisher die Bearbeitung der Hauptplatten seitens der Firma vergütet worden.

2. Einigungsamt erklärt sich zur Entscheidung der gegen die Firmen Reim & Co. und Theodor Döcker erhobenen Klagen der Lohnkommission für unzuständig, da diese Firmen dem Vertrag nicht beigetreten seien.

3. In Sachen contra die Firma Lohmann gab der bevollmächtigte Vertreter der Beklagten, Herr Schulz, zu, die Firma übergehe nach wie vor ihre Arbeiten an den Zwischenmeister Woenenberg. Einigungsamt erklärte hiernach, die Firma Lohmann, welche zugestandenmaßen fortgesetzt in erheblichem Maße gegen § 10 Wf. 2 des Vertrages verstoße, habe sich damit außerhalb des Tarifvertrages gestellt.

4. Des weiteren erklärte Einigungsamt, die Firma Meng & Liebertau solle ebenfalls als außerhalb des Vertrages stehend betrachtet werden, falls sie zuerst nach vorwiegend Zwischenmeister beschäftigt. Die näheren Feststellungen in dieser Sache wird die Düsseldorf-er Lohnkommission machen und das nach dem Ergebnisse der Erhebungen Erforderliche veranlassen.

5. In der Klagesache gegen die Firma Vogt & Co. wegen Nichtbeachtung der tariflichen Lohnsätze gelegentlich ihrer Arbeiten bei dem Neubau der Firma Geon. Die erklärte Einigungsamt nach Anhörung der Parteien, die Firma sei dem Schlichtungsamt der Schlichtungskommission vom 28. Oktober 1908 unterworfen und müsse die fraglichen Arbeiten, sei es direkt oder durch den Zwischenmeister, nach den Sätzen des Lohnsatzes von 1907 bezahlen. Falls sie dies im Falle der nachträglichen Anforderung des Differenzbetrages nicht tue, stelle sie sich außerhalb des Vertrages.

6. Nach dieser Stellungnahme des Einigungsamtes zu dem bezichtigten Spruch der Schlichtungskommission nahm Herr Kahl namens des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands die von dem Verband am 3. Dezember 1908 gegen den Schlichtungsamt erhobene Beschwerde zurück.

7. Zum Schluß der Verhandlungen hat Vorsitzender, bei der Unterbreitung weiterer Klagen dem Einigungsamt stets das zur Beurteilung der Sachlage erforderliche Material preis und möglichst vollständig einzureichen und, soweit zugänglich, auch die Jungen zu benennen, die infamde und bereit seien, in den Angelegenheiten auszusagen.

gez. Rath. Reblitz.

Streik Münster.

Lingen, 26. Juni. Der Kampf im hiesigen Baugewerbe nimmt seinen unveränderten Fortgang. Alle Hefel werden in Bewegung gesetzt, um die Arbeiter niederzuhalten. Die Unzufriedenheit, Frigidität und Müdigkeit, womit die hiesige Polizei arbeitet, ist zu bewundern, zumal sie sich um die Bauarbeitergewerkschaften niemals gekümmert hat. Am Montag, als der Streik um 6 1/2 Uhr begann, war die Polizei um 5 1/2 schon bei den Streikposten, um sie abzuhängen und gruselig zu machen. In jedem Auge ist auch ein Schutzmännchen anwesend, um etwa Zurückgehenden durch die Stadt das Geirgeleitete zu geben. Drei Personen aus Borchard und Burgsteinfurt, die sich sonst als selbständig schimpfen, hat der Unternehmer Bühn aufgetrieben, um bei ihm recht als Gesellen den Raumtreiber zu markieren, wurde dieses Ehrengeleitete auch zuteil. Auch werden die Köpfe angeprochen, als wenn es gar keine Menschen und Feuerzählende Bürger wären. Eine eigenartige Rolle spielt auch der Direktor der künftigen Eisenbahn Landwehrstraße hier selbst. Der Vater eines Mitgliedes unserer Organisation arbeitet auf der künftigen Werk-

stätte. Es wurde ihm von dem Direktor erklärt, daß, wenn er seinen Sohn nicht nach der Arbeit schicke oder dafür Sorge, daß er die Arbeit aufnehme, er sofort von der Werkstätte entlassen würde, obwohl der selbe 15 bis 20 Jahre dort selbst gearbeitet hat. Es wurde dem Sohne nun von uns gesagt, daß er abreisen sollte und anderwärts in Arbeit treten. Aber auch dieses war dem Direktor nicht genug, sondern der Betreffende sollte speziell in Lingen die Arbeit aufnehmen. Somit war der Sohn gezwungen, Streikbrecher zu werden, um seinen Vater nicht um das tägliche Brot zu bringen. Wo bleibt da die Freizügigkeit in deutschen Vaterlande, wenn schon die Beamten dazu übergehen, ihre Arbeiter zu willenlosen Sklaven herabzuwürdigen. Auch ist ein solches Gebaren doch als ein durchaus menschenunwürdiges zu bezeichnen. Von der entgegengesetzten Seite sucht man in allen hiesigen Zeitungen Stimmung gegen die Streikenden zu machen. Einestheils sucht man die Frauen der Streikenden gegen ihre Männer aufzuheben mit der Motivierung, daß ihnen auch der Lohn ausfallen würde, und dann den Streikenden das Ferkeln wohl bald leid sein würde. Andererseits heißt es, die Arbeiter hätten die Arbeit nicht niedergelegt, sondern sie seien entlassen. Dies alles kann uns aber nicht abhalten, unentwegt für unsere Interessen weiterzuarbeiten, damit wir als Sieger aus diesem Kampfe hervorgehen. Die Arbeiterschaft wird Sieger bleiben, wenn sie einig dasteht, trotz der Bekämpfung der Behörde, trotz der Strafmandate, trotz der Saalabtreiber, trotz der Bekämpfung durch königl. Beamte, indem man die Arbeiter zu willenlosen Werkzeugen im Dienste des Unternehmertums machen will und trotz der Bekämpfung durch Artikel in der hiesigen Presse. Es scheint, als wenn alles sich gegen uns verschworen hätte. Dies kann uns aber nicht abhalten, voll und ganz unsere Pflicht zu tun, um aus dem uns aufgezwungenen Kampfe als Sieger hervorzugehen.

Bezirk München.

Kempen. Im hiesigen Zimmerergewerbe ging der im vorigen Jahre revidierte Tarifvertrag am 1. Mai zu Ende. Unsere Kollegen erstrebten gemeinsam mit den „freien“ Zimmerern ein neues Vertragsverhältnis. An Stelle des bisherigen Lohnes von 40 Pf. pro Stunde wurden 46 Pf. gefordert. Ebenso wurde beantragt, das in den bisherigen Verträgen vorhandene Wort „vollleistungsfähig“ (stammend aus dem Jahre 1905, wo der sog. Zimmererverband in hiesiger Stadt noch tonangebend war) zu streichen, sowie Verbesserungen der Zuschläge, der Schutzbestimmungen u. a. zu vollbringen. Bei Unterbreitung und Begründung unserer Wandelungsansprüche an die hiesigen Zimmermeister wünschten wir bis 6. Mai Unterhandlung über Anerkennung unserer Forderungen. Wir bekamen bis zu dem gewünschten Zeitpunkt Mitteilung, aber nicht in dem von uns gedachten Sinne, sondern daß die hiesigen Zimmermeister inzwischen Mitglieder des „Bundes“ geworden seien und wir uns zwecks weiterer Vertretung unserer Sache an dessen Bezirksleitung zu wenden hätten. Endlich am 3. Juni fanden Tarifverhandlungen statt. Der anwesende Arbeitgebersekretär Bergmüller-München legte sehr großen Wert auf die Zugrundelegung des Vertragsmusters; während von unserer Seite auch von „freier“ Seite für vorläufige Beibehaltung, wenn auch mit einigen Änderungen, des seit über vier Jahre bestehenden Vertragsmusters plädiert wurde. Jedoch nach einer kleinen Debatte blieb in diesem Punkte der Arbeitgeberbund „Steiger“ man einigte sich auf das Vertragsmuster. Große Zustimmung zeigte die Arbeitgeber bei Beratung des Lohnes, wobei sie nach heftiger Redebeschäft einen Pfennig Lohnersatzung zugestanden. Die Lohnkommission konnte aber bei Erwägung der Sachlage, ob durch die zugestandene Lohnerböschung die Nachteile, die durch den Umtausch des bisherigen Vertragsmusters (wenn vom Wort „vollleistungsfähig“ abgesehen) mit dem Vertragsmuster aufgewogen werden, diesem nicht ohne weiteres zustimmen. Somit ging die Verhandlung anscheinend ergebnislos auseinander. In der am gleichen Tage abends stattgefundenen gemeinsamen Zimmererverversammlung wurde in Berücksichtigung der ziemlich klauen Geschäftslage im hiesigen Baugewerbe, sowie der im letzten Winter sehr stark hervorgetretenen längeren Arbeitslosigkeit, wobei mancher Kollege schweren Schaden erlitt, das Angebot der Unternehmer angenommen. Der Vertrag läuft bis 31. März 1910.

Zum Streikbruch des sozialdemokratischen Maurerverbandes in Eschweiler.

Wir berichteten bereits in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ über das Verhalten des sozialdemokratischen Maurerverbandes und dessen Beamten Kessel bei dem Streik in Eschweiler. Durch diese Machinationen wurde die Sperre bei der Firma Kaffner & Hennig unwirksam gemacht und mußte daher aufgehoben werden.

Nicht alle dort beschäftigt Gewesenen sind wieder eingestellt worden. Ein christlich organisierter Maurer wurde am Samstag, 19. Juni, gemahregelt. An Stelle der christlich organisierten einzelnen Arbeiter sollen fremde „freigeworbene“ Maurer eingestellt werden. Am Montag, den 21. Juni, kamen wiederum acht „freigeworbene“ Maurer aus dem Bezirk Wiesbaden, schon auf dem Kölner Bahnhof wurden dieselben angehalten und ihnen erklärt, daß die Maurer und Hilfsarbeiter im Streik stehen. Die Leute erklärten: Sie hätten dieses Vor der Abreise hätten sie mit ihrem Beamten Kessel in hiesigen telephonisch Rücksprache genommen. Kessel habe ihnen erklärt: Für sie bestehe in Eschweiler kein Streik, sie sollten sich durch nichts stören und von den Streikposten nicht beeinflussen lassen. Nachdem die Leute über den wahren Sachverhalt aufgeklärt waren, versprachen sie, keinen Verrat an der einheitlichen Arbeiterschaft zu üben. In Eschweiler angekommen, erklärten sich zwei von den acht mit den Streikenden solidarisch und gingen mit zum Streiklokal. Hier erzählten sie, daß ein „freigeworbener“ namens Schmid sie angeworben habe. Sie hätten in Wiesbaden in fester Arbeit gestanden; Schwach habe ihnen aber so lange zugeredet, bis sie sich bereit erklärt hätten, mitzugehen.

Der Genosse Schwach legte bei der Firma Kaffner & Hennig am 7. Juni die Arbeit nieder. Nach den Machinationen des „Genossen“ Kessel nahm er nach zwei Tagen die Arbeit wieder auf. Am Mittwoch, den 17., reiste Schwach ab. Die Streikenden sprachen ihn am Bahnhof an, er würde doch noch keine Streikbrecher anwerben? Schwach erklärte, er führe nur nach Hause, weil er eine Depesche wegen schwerer Erkrankung in der Familie erhalten habe. Wie die zwei Angezogenen weiter erklärten, steht auch das Verhandlungsbureau des sozialdemokratischen Maurerverbandes in Wiesbaden mit der Angelegenheit in Verbindung. Sie bezeichneten dieses als eine Schand-

und erklärten ihren sofortigen Austritt aus dem sozialdemokratischen Verbande. Es wurde ihnen das Reisegeld nach Essen gezahlt und sie reisten ab.

Von den fünf übrigen Deuten erklärten drei, sie wollten zuerst noch einmal ihrem Vorkommnisse Kessel in Nachen telephonieren, falls derselbe darauf bestünde, würden auch sie die Arbeit aufnehmen, andernfalls aber würden sie sofort wieder abreisen und der anständigen Schweizer Arbeiterschaft keine Konkurrenz machen. Die zwei bereits abgereisten Mitglieder des soz. Maurerverbandes erklärten vor ihrer Abreise folgendes: In den nächsten Tagen sollen noch weitere für Schweizer bestimmte Arbeiter aus dem Rheingau ankommen; wir aber, so erklärten die betreffenden weiter, wollen dafür sorgen, daß das Borgehen des soz. Maurerverbandes in Schweizer bekannt wird, damit kein weiterer Mißbrauch mit unseren Landsleuten getrieben wird.

Die Vorkommnisse in Schweizer erinnern uns an die Streikbrecheragentur eines Herrn Sonnenschein bei Gelegenheit des Kampfes im Nachener Baugewerbe im Jahre 1907. Dieser Herr hatte nämlich anständige Arbeiter aus fester Arbeit gelockt und sie sodann nach Nachen in das Streikgebiet gelockt.

Der soziald. Maurerverband hat vor zwei Jahren den Beamten Kessel nach Nachen verpflanzt, trotzdem laut der letzten Abrechnung im „Grundstein“ im gesamten Nachener Bezirk nur 86 Mitglieder in Frage kommen. Dieser Vorkommnisse betreibt eine stete Aufhebung der Nachener Bauarbeiter gegen den Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, welcher bekanntlich vor zwei Jahren in Nachen einen 17wöchigen Kampf führte. Nun tritt noch dieses hinzu. Als wir kürzlich dieses Treiben festzunageln gezwungen waren, rebete er in einem Eingangs im „Bauhilfsarbeiter“ von einem christlichen „Schmierfink“. Auf seine Schimpfepistel gehen wir nicht ein, denn die beweist zur Genüge, wer der „Schmierfink“ ist, der bei manchem auch schon äußerlich zutage tritt. Nun kommt „Schweizer“ hinzu. „Genosse“ Kessel wird an dieser Stelle lange zu tragen haben. Kessel steht auch nicht allein im Kampf gegen uns. Die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ brachte am 19. Juni folgendes Inserat:

„Eüchtige Maurer und Handlanger

von Mittwoch, den 23. cr., ab, werden gegen längere Beschäftigung angenommen. Zu melden Neubau Baustelle Gewerkschaft Zukunft in Weiskweiler bei Schweizer.“

Die hier in Frage kommende Firma ist zwar aus taktischen Gründen noch nicht gesperrt, jedoch liegt Weiskweiler im Streikgebiet. Es scheint also System in der Streikbrechermittlung nach Drien, wo christlich organisierte Arbeiter streiken, zu liegen. Was wäre von einem Organ wie die „Rheinische Zeitung“, die die christlichen Arbeiter aus tiefer Seele haßt, für uns nicht weiter verwunderlich.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Maurer.

Hamburg. Am Mittwoch, den 19. Mai, hielt die Ortsgruppe Hamburg des christlichen Bauhandwerkerverbandes ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der größte Saal des Franz. Gesellschaftshauses war bis zum letzten Platz dicht gefüllt. So zahlreich sind die Kollegen wohl noch nie zur Versammlung erschienen. Offensichtlich ist dies ein gutes Omen für die Zukunft. Die Versammlung wurde vom ersten Vorsitzenden, Kollegen Bucherpfennig, eröffnet. Nach dem ersten Punkt der Tagesordnung, Aufnahme neuer Mitglieder, erstattete derselbe den Jahresbericht. Vorausschickend, daß es ihm insofern Arbeitsüberführung in letzter Zeit nicht möglich sei, ein so vollständiges Bild des vergangenen Jahres zu zeichnen, wie es der frühere Vorsitzende, Kollege Frank, getan habe, gab er ungefähr folgenden Bericht: Das Jahresjahr 1908 ist für unsere Zahlstelle ohne erheblichen Schaden vorübergegangen. Wenn auch die Mitgliederzahl gegenüber der des Jahres 1907 etwas zurückgegangen ist, so kann man nicht sagen, daß die werbende Kraft und das Interesse für die Arbeiterschaft des Vorstandes und der Mitglieder hieran schuld sind. Es ist nur natürlich, daß in einer Zeit, wo alle Dienste von der Krise erfasst werden und andere Organisationen Tausende von Mitgliedern verlieren, die Bauhandwerker hier von nicht ausgeschloffen sein können. In 21 abgehaltenen Versammlungen wurden 8 verschiedene Vorträge gehalten. 6 Vorstand- und Vertrauensmännereinigungen fanden statt, außerdem nahm der Vorsitzende noch an 28 anderen Versammlungen teil. Die Beteiligung an den Mitgliederversammlungen war eine mittelmäßige, die Bibliothek hatte etwas besser benutzt werden können. Im Berichtsjahre gingen an Postämtern ein: 87 Briefe, 65 Postkarten und 25 Drucksachen, während 95 Briefe und 89 Postkarten ausgingen. (Der Verband des Verbandesorgans, der „Baugewerkschaft“, ist hierin nicht enthalten.) Die Kassenverhältnisse seien befriedigend, die größeren Ausgaben gegenüber dem Vorjahr seien durch die Opferbereitschaft der Mitglieder fast wieder wett gemacht. Der Vorsitzende schloß seinen Jahresbericht mit dem Wunsche, daß der neue zu wählende Vorstand, wie auch alle Mitglieder, im Interesse der Arbeiterschaft ihre volle Pflicht und Schuldigkeit tun mögen. Die Aussichten für dieses Jahr seien bedeutend bessere wie die des vergangenen. Diese günstigeren Verhältnisse müßte ausgenutzt werden, denn werde auch die Verwaltungsstelle des christlichen Bauhandwerkerverbandes zu Hamburg bald ein Faktor werden, mit welchem die gegnerischen Organisationen wie auch die Arbeiterschaft zu rechnen hätten. Die darauf vorgenommene Wahl des neuen Vorstandes ergab als ersten Vorsitzenden den Kollegen Bucherpfennig, als zweiten den Kollegen Kappeler, während Kollege Bucherpfennig sich bereit erklärte, die auf ihn gefallene Wahl des Schatzmeisters anzunehmen. Zum ersten Schriftführer wurde Kollege Bentz und zum zweiten Kollege Krollig gewählt. In der erweiterten Vorstand wurden gewählt die Kollegen Böhme und Hagenbittel als Beisitzer. Unter den Vorstandsmitgliedern, Bucherpfennig und Kappeler wurden auch die beiden Stellvertreter gewählt, nämlich der Herrmann des Vorstandes, Herr Schlotterbaum. Der stellvertretende Kollege Bucherpfennig hielt darauf einen Vortrag, in welchem er zunächst darauf hinwies, daß die Generalversammlung nicht nur abzuhalten ist, sondern sie muß eine gewisse Wichtigkeit jedes Mitgliedes sein, es auch jeder immer und überall seine

Pflicht als Gewerkschafter getan habe. Die Generalversammlung, so führte Redner weiter aus, sei auch dazu da, um etwa begangene Fehler im vergangenen Jahre erkennen zu lassen, mit dem Vorsatz, solche für die Zukunft zu vermeiden und alles zu tun, was für die gesamte Arbeiterschaft von Interesse ist. Opfer müsse jeder Kollege bringen, ohne diese gehe es nicht. Es mag wohl manchem Kollegen große Opfer gefordert haben, sich der christlichen Gewerkschaft anzuschließen. Der Redner gab dann einen kurzen Rückblick auf die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und schloß dann kurz das kapitalistische Wirtschaftsleben, in welchem der Arbeitsvertrag nur frei wäre auf dem Papier, nicht aber in Wirklichkeit. Die Kleinrentner im wirtschaftlichen Leben verlangen die christlichen Arbeiter nicht, aber ihr gutes Recht, Anteilnahme an den Errungenschaften der Kulturalter, wollen sie. Wenn auch heute in den wirtschaftlichen Verhältnissen manches auf ist, so dürfte man doch nicht alles gleich in Rauch und Bogen verurteilen. In dem Unternehmer soll man nicht auf jeden Fall einen Ausbeuter erblicken. In dem heutigen Wirtschaftsleben sind auch tüchtige Köpfe notwendig und manch einer wird da geistige Arbeit zu leisten haben, wovon sich der Arbeiter gar kein Bild macht. Der Klassenkampfstandpunkt, wie er von manchen Schmarotzern und Leibern auch von vielen Arbeitern vertreten wird, sei als durchaus unchristlich, unmoralisch und als für die Arbeiterschaft wie auch das Gesamtwohl schädigend, zu verwerfen. Den Charakter der christlichen Gewerkschaften darlegend, schloß der Redner seine interessanten und mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Nach einer kurzen Diskussion schloß der neue Vorsitzende, der Hoffnung Ausdruck gebend, daß auch in Zukunft die Mitglieder sich so zahlreich einfinden mögen wie heute, die glänzenden verlaufene Generalversammlung.

Reddinghausen. Auf den 12. Juni hatten wir hier eine öffentliche Versammlung einberufen, welche von über hundert Mitgliedern besucht war. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet und die Tagesordnung bekanntgegeben hatte, erhielt Bezirksleiter Kollege Koch (Böckum) das Wort. Er hielt uns einen recht begeisterten und lehrreichen Vortrag über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Da nun der zweite Punkt der Tagesordnung: „Wie wird der abgeschlossene Tarifvertrag eingehalten?“ mit dem ersten sehr verwandt war, wurde von den Mitgliedern empfohlen, ihn anschießend erörtern zu lassen. Kollege Rogge (Reddinghausen) erhielt hierzu das Wort. Er erklärte eingangs, seiner Ausführungen, daß es vor allem seine Aufgabe sei, die ungerechten und gewissenlosen Angriffe in Nr. 19 des „Grundstein“ zurückzuweisen; ja nicht nur zurückzuweisen, sondern an Hand einer Statistik zu beweisen, daß nicht wir die Tarifbrüchigen sind, sondern überwiegend „Genossen“ oder Zuhilfenahmende. Nachdem Kollege Rogge die Ugen des „Grundstein“ erörtert hatte, wurden beide Punkte zur Diskussion gestellt. Der Vorsitzende forderte die Genossen auf, sich zu verteidigen, aber ach: war doch nicht ein einziges Männlein da, was sich wohl zum Wort gemeldet hätte. Trotzdem wir den Genossen, Freidenkern und „Hirt“ des hiesigen Bezirks persönlich eingeladen hatten, war selbiger mit seinen Schafen doch nicht erschienen. Er bringt ja auch kolossale Entschuldigungsgründe vor. Erstens gibt er an, es sei in Reddinghausen Gewerkschaftsfest (Familienabend), zweitens, es wäre ihnen doch keine Redefreiheit zugesichert. Aber lieber Denker, hast du nicht auf dem Flugblatt den Satz gelesen: „Zum zweiten Punkt der Tagesordnung werden insbesondere die Vertrauensleute des sozialdemokratischen Maurerverbandes eingeladen, um ihre ungerechtfertigten Angriffe auf unseren Verband in Nr. 19 des „Grundstein“ zu vertreten. Und zuguterletzt entwirft seinem roten Munde noch ein Säbchen, viellecht in einer schwachen Stunde, daß er sich nicht hat überlegen können. Er schreibt nämlich im „Bogumer „Wollblatt“ (Nr. 136): „Aus Feindschaftsgründen bin ich nicht in der Lage, jene Versammlung besuchen zu können.“ Ja, Genosse Denker, daß du dich schuldig fühlst, das wissen wir ja, denn du bist ja auch der Urheber, die Spitze von diesem lächerlichen Artikel-Gewebe im „Grundstein“. Im Jahre 1905 hatten wir dich auch per Brief eingeladen, um etwas von dir Besagtes beantwortet zu hören, da hast du es vorgezogen, in einer hiesigen Wirtschaft „66“ zu spielen. Wann können wir denn einmal ein Wortchen zusammen reden? Von den beiden ersten Entschuldigungen wollen wir nichts schreiben, darüber mag sich jeder Kollege und auch jeder andere Verantwortliche selbst ein Urteil fällen. Ein befriedigendes und beglückendes Empfinden wird jeder unserer Kollegen in sich fühlen, daß wir es früh genug verstanden haben, uns einer Organisation anzuschließen, die mit ehrlichen Waffen kämpft. Ueberlegen wir uns die Vorkommnisse der letzten Zeit und bezergern wir sie; juchen wir hiesigen Berufscollegen, welche sich gerne in unseren Reihen bewegen täten, von dem Druck und den Fesseln der Sozialdemokratie zu befreien, und wir werden uns manchen Dankes zu erfreuen haben. Bezirksleiter Koch nahm das Schlußwort und erinnerte die Kollegen an das kommende Jahr, ermahnte sie an ihre Pflichten, welche sie der Organisation gegenüber zu erfüllen hätten, wenn das Jahr 1910 ein erfolgreiches für uns werden sollte. Hierauf schloß Vorsitzender mit dem Ausdruck des Dankes für den zahlreichen Besuch die Versammlung.

Soziale Wahlen.

Krankenkassenwahl zu Jserlohn. Am 16. Juni fand zum dritten Male die Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse der Bauhandwerker zu Jserlohn statt. Bei der ersten Wahl, welche im November 1908 stattfand, entfielen auf die Liste der sozialdemokratischen Arbeiter 65-68 Stimmen, auf unsere Liste 75 Stimmen. Die Wahl wurde für ungültig erklärt, weil ein Mitglied unter 21 Jahren gewählt hatte. Bei der zweiten Wahl im April d. J. entfielen auf die Liste der Sozialdemokraten 70 Stimmen, auf die christliche 112 und auf eine dritte (von den Polierern und Schachtmeistern aufgestellte) Liste 111 Stimmen. Diese Wahl wurde ebenfalls für ungültig erklärt, weil ein Nichtorganistierter auf 2 Legitimationskarten also zweimal gewählt hatte. Bei der nun am 16. Juni stattgefundenen dritten Wahl erhielten: Sozialdemokraten 58, Christliche 153 und Nichtorganisierte (gelb) 190 Stimmen. Die Waage ist also in den Händen der Arbeitgeber und deren Poliere und Schachtmeister, was im Interesse der Kassenmitglieder außerordentlich zu bedauern ist. Denn das eine steht doch fest, daß Leute, welche in ihrer Eigenbelei fern von jeder Organisation stehen, keine Solidarität kennen, haben daher in ihrer Eigenliebe auch kein Verständnis für die Interessen der Allgemeinheit. Während die Sozialdemokraten bei der ersten und zweiten Wahl ein gleiches Stimmeverhältnis hatten, sind sie bei der letzten Wahl bedeutend zurückgegangen und dürften dieselben für ihre Verantwortung nicht gerade noble Kampfesweise die richtige Antwort erhalten haben. Unsere christlichen Arbeiter können jedoch, wenn auch nicht mit dem Ausgang der Wahl, so doch mit ihrer steigenden Stimmzahl zufrieden sein: 75-112-153. Also bei der letzten Wahl doppelt so viel Stimmen wie bei der ersten, ein Zeichen, daß unsere christlichen Arbeiter vom Baugewerbe in Jserlohn ihren Mann zu stellen wissen. Von den organisierten Arbeitern wurde der Wahlkampf in ruhiger, anständiger Weise geführt, während bei den Polierern und Schachtmeistern die schärfsten Wahlbeeinträchtigungen zu beobachten waren. Ganz besonders von Jserlohn, welche den zusammengefallenen Wahlzettel in der Hand hielten, wurden bis zum Wahltag begünstigt. Ein Polier kontrollierte sogar im Wahlzimmer des Stimmzettel selber „Stimmen“. Auch ein Unternehmer Dr. beschränkte in der Nähe des Wahllokales seine Italiener, ob sie

auch den fertigen Stimmzettel in der richtigen Weise anbringen würden. Ganz besonders räuberhaft benahm sich ein bekannter Polier, so daß jeder anständige Mensch sehr weit von ihm abrückte. Es dürfte von unseren Kollegen auch demnächst in den konfessionellen Arbeitervereinen einmal ein ernstes Wort zu reden werden, denn eine Anzahl von Mitgliedern dieser Vereine hat nicht nur die Liste der christlichen Arbeiter nicht gewählt, wie es ihre Pflicht war, sondern sich auch noch von den Unorganisierten als Kandidaten aufstellen lassen. Aufgabe unserer Kollegen muß es jetzt sein, bis zum Herbst 1910 dafür zu sorgen, daß sich ein solches Schauspiel nicht wiederholt. Kollegen, arbeitet darauf hin, daß die Unorganisierten möglichst in unsere Reihen aufgenommen werden, schafft Aufklärung unter den Bauarbeitern, damit eine solche Zersplitterung für die Zukunft nicht mehr möglich ist; denn sie ist zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft; den Beweis werdet ihr im kommenden Berichtsjahre sehen, wo eure Freunde eigentlich zu finden sind. Kollegen von Jserlohn, die ihr schon mehrmals bewiesen habt, daß ihr auf dem Posten seid, jetzt recht mit neuem Eifer für den Ausbau der Arbeiterorganisationen eingesetzt, zeigt, daß auch die Interessen der Allgemeinheit über allem stehen.

Gelle (Hannover), 22. Juni 1909. Bei der heutigen Gewerkschaftswahl, die unter großer Beteiligung durchgeführt wurde, gelang es den christlichen Arbeitern einen Sieg zu erringen. Es wurden insgesamt 894 Stimmen für die Arbeitnehmerliste abgegeben, davon 120 für die christliche Liste. Wenn man bedenkt, daß die christliche Arbeiterbewegung erst im vorigen Jahre nach Gelle verpflanzt, und die am besten organisierten christlichen Bauhandwerker, welche den Stamm der hiesigen Christlichen bilden, bis auf fünf Mann nicht wählen konnten, da sie bei Innungsmeistern (Innungsschlichtsgericht) arbeiten, so bedeutet das Wahlergebnis einen Achtungserfolg.

Von den Arbeitsstellen.

Berlin, 22. Juni. Ein schwerer Gerüststurz ereignete sich kurz vor 2 Uhr heute nachmittags an dem Neubau in der Böhmischen Straße 10. Dort stürzte beim Aufbau des Gerüstgerüsts das bis zum zweiten Stock emporgebrachte Gerüst aus noch unermittelter Ursache mit zwei Beisitzern in die Tiefe. Einer der beiden, der etwa 55jährige Arbeiter Mübe, wurde sehr schwer verletzt geborgen und ins Krankenhaus geschafft; der andere kam mit nicht lebensgefährlichen Verletzungen davon.

Günterleben, 26. Juni. Am Schulhausneubau in Zellingen verunglückte unser Kollege Philipp Reß dadurch, daß ihn, da er am Haupteingang in gebückter Stellung arbeitete, ein Ziegelstein circa 12 Meter hoch auf das Rückgrat fiel. Der sofort herbeigerufene Arzt konstatierte wesentliche innere Verletzungen. Der Kollege wurde per Fuhrwerk nach Hause gebracht.

Briefkasten.

Contwig. Wenn die Erhebung des Winterbeitrages ordnungsmäßig beschlossen worden ist, muß derselbe bezahlt werden.

Bekanntmachungen.

An die Verwaltungs- und Zahlstellenkassierer. Wie in Nummer 25 der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben wurde, findet im Oktober unser diesjähriger Verbandstag statt.

Um ein genaues Bild unserer Kassenverhältnisse geben zu können, ist erforderlich, daß wir die Abrechnungen des 2. Quartalsjahres 1909 rechtzeitig zugesandt bekommen. Wir richten daher jetzt schon an alle Kollegen die Aufforderung, dahin wirken zu wollen, daß alle Verwaltungsstellenkassierer bis spätestens 20. Juli mit der Hauptkassette abgerechnet haben. Bemerken zugleich, daß später einlaufende Abrechnungen wohl kaum noch berücksichtigt werden können, was weiter zur Folge hat, daß die rückständigen Verwaltungs- resp. Zahlstellen eine Vertretung auf dem Verbandstage nicht beanspruchen können.

Der Hauptvorstand, J. A.: Fr. Jacobi. Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 179 097 von der Zahlstelle Ferne i. W.

Aufforderung. Wer den Aufenthalt des Bauhilfsarbeiters B. Beverungen geboren 24. September 1881 zu Lüchtringen, zuletzt gearbeitet in Gelsenkirchen, Buch-Nr. 88 717, kennt, wird gebeten, der Verwaltungsstelle Oberhausen davon Mitteilung zu machen. J. A.: Veruh. Kirchner, Düppelstr. 49, Christl. Gewerkschaftshaus.

Eintrag! Verwaltungsstelle Dortmund. Das Bureau und der Arbeitsnachweis unseres Verbandes befinden sich vom 25. Juni ab in der Westerblickstraße 67, pt. Der Vorstand, J. A.: Heinrich Petri, Heinrich Weisenhagen.

Achtung! Freiburg i. B. Der Vorsitzende der Zahlstelle Freiburg i. B., Adolf Wrogle, wohnt Eschholzstraße 31, S. II.

Versammlungskalender.

Wiesbaden, Sonntag, den 11. Juli, nachm. 3 Uhr, öffentliche Versammlung im Schützenhause.

Herbertafel.

Am 20. Juni starb unser Mitglied Adolf Schwinnung im Alter von 52 Jahren infolge eines Sturzes aus dem Fenster. Zahlstelle Düsseldorf (Bauhilfsarbeiter). Ehre seinem Andenken!

Gewerkschaftsbeamter gesucht.

Für das Ortskartell der christlichen Gewerkschaften in München wird zum 1. Oktober d. J. ein Kartellbeamter gesucht. Bewerber müssen mindestens drei Jahre Mitglied einer christlichen Gewerkschaft sein. Offerten mit selbstgeschriebenen Lebenslauf nebst Angaben über die Tätigkeit in den Organisationen, sowie ein kurzer Aufsatz über die Aufgaben eines Kartellbeamten sind spätestens 1. August an Gewerkschaftssekretär Funk, München, Fürstenfelder Straße 4/III, einzuliefern. (2,98)

Suche erfahrenen (2,15) Maurerpolier, zugleich als Bauaufseher. Quader- und Bruchsteinbau für Provinz. Angebote erb. unter Chiffre A. B. an die Exp. d. Btg.